

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Inseln im Sturm

Maritime Konflikte in Asien

Wessen Meer, wessen Inseln?

China versus Japan

Disput im Ostmeer

Sicherheit in Südostasien

WeltBlick

Herausforderung Völkerflucht

Obamas Umweltschwenk

WeltSichten

Politischer Islam heute

Historie

2+4 nach 25 Jahren

ISSN 0944-8101 | 4,80 €



4 191574 104808 11

4

WeltBlick

- 4 In den Krisen unserer Zeit
Denkschrift der Carl Friedrich v. Weizsäcker Stiftung
- 6 Völkerflucht nach Europa
Lutz Kleinwächter
- 12 Obamas Umweltoffensive
Roland Benedikter und Andrea Unterweger



16

Briefe aus ...

Tunis



17

Abgeleitet: #Grenzgänger-Tagebuch

Hannah Pool und Felix Volkmar

24

Zwischenruf: Cyberwar – Hype & Reality

Wolfgang Schwarz

26

Maritime Konflikte in Asien

- 28 Streit um Inseln – Gefahr für den Frieden
Ralf Havertz
- 32 Der Konflikt um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln
Heike Hermanns
- 37 Der Disput um Dokdo – Eine koreanische Sicht
Sook-Young Ahn
- 42 Rivalitäten im Südchinesischen Meer
Nathan Gilbert Quimpo
- 47 Die Sicherheitslandschaft in Südostasien – Eine chinesische Sicht
Daojong Zha
- 52 Statistik: Ost-/Südostasien in Zahlen
Kai Kleinwächter





WeltSichten: Religion und Politik trennen!

54

Interview mit Iqbal Gharbi, Tunis

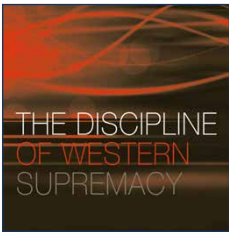
Historie: Potsdam und Zwei-plus-Vier

60

Gregor Schirmer

Briefe an die Redaktion

64



Buch des Monats

66

Jonas Seufert

Impressum

69



Kommentar: Der deutsche OSZE-Vorsitz

70

Rolf Mützenich

Wort und Strich

72

Völkerflucht nach Europa

Lutz Kleinwächter

Europa erlebt gegenwärtig eine Flüchtlingswelle ohnegleichen. Ihre Ursachen sind vielfältig – von Interventionskriegen über eine verfehlte Entwicklungspolitik bis zur Demografie. Die EU und Deutschland stehen vor gewaltigen, Jahrzehnte umfassenden Umbrüchen der äußeren und inneren Politik, der Demokratie. Es stellt sich die Frage: Was tun? Gebraucht werden neue Ansätze in der Innen- und Außenpolitik. Hier sollte Deutschland der von führenden Politikern jüngst deklarierten besonderen Verantwortung nachkommen.

Die im Rahmen der Vereinten Nationen, der KSZE/OSZE, anderen Institutionen und Regelungen nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Weltordnung befindet sich seit den 1990er-Jahren in stetem Wandel. Ein besonders dringendes Problem ist die sich spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008/09 entwickelnde Bevölkerungsfucht nach Europa. Die globalen Flüchtlingsströme haben mit über 60 Millionen Menschen eine historisch einmalige Dimension erreicht und werden andauern. Der europäische Kontinent, insbesondere die Europäische Union und Deutschland, sind unmittelbar betroffen. Das Hauptproblem ist die sich vertiefende globale Internationalisierung bei dramatischer Ausweitung des zivilisatorischen Gefälles innerhalb und zwischen den Großregionen Eurasiens und Afrikas.

Die sich in den vergangenen Jahren zuspitzende Situation wurde durch die Regierungen der EU-Staaten, trotz profunder Analysen kritischer Wissenschaftler, nicht nur falsch eingeschätzt, sondern auch verdrängt, vielleicht sogar bewusst negiert. So hat in Deutschland bereits ein solcher vager Ansatz von Realismus wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ zu inszenierten Medienkampagnen geführt. Die EU und nicht zuletzt Deutschland haben wertvolle Zeit verloren. Wie führende Politiker der Bundesregierung jüngst feststellten, geht es jetzt um eine „nationale Aufgabe“ (Angela Merkel) bzw. eine „Generationenaufgabe“ (Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel). Umso mehr ist es an der Zeit, das Problem bei der Wurzel zu packen und nach den Ursachen der Flüchtlingsströme zu fragen.

Die Ursachen

Aus der Vielzahl von Faktoren soll hier nur auf einige besonders bedeutende eingegangen werden.

1. *(Unter-)Entwicklungspolitik.* Nach der politischen Befreiung vom Kolonialismus gelang es der Mehrzahl afrikanischer und asiatischer Staaten nicht, eine eigenständige ökonomische Entwicklung zu realisieren. Sie blieben abhängig von westlichen Weltmarktstrukturen. In der Ost-West-Auseinandersetzung wurden sie unter Vernachlässigung ihrer Interessen instrumentalisiert. Auch die bisherige Entwicklungspolitik westlicher Prägung führte bis dato zu keinem durchschlagenden Erfolg. Die entwicklungspolitischen Millenniumsziele 2000 bis 2015 wurden in Afrika und Südasien nicht erfüllt, also die Halbierung von Armut und Hunger, der Ausbau von Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch den 17 neuen Nachhaltigkeitszielen bis 2030 fehlen Verbindlichkeit und Finanzierungsgrundlage. Von der bereits 1970 zugesagten Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des BIP erreichte Deutschland, analog zur EU, nur ca. 0,4 Prozent. Allein Deutschland hat damit seit 2000 eine „Hilfe-Schuld“ von über 100 Milliarden Euro angehäuft.
2. *Militärische Konflikte und Interventionen.* Das akuteste Problem ist die Zerstörung der Zivilisationsstrukturen durch Kriege und Bürgerkriege in den Nachbarregionen, dem „Feuerring“ um die EU. Im Ergebnis der Balkankriege der 1990er-Jahre entstanden Staaten mit zum Teil nicht selbstständig existenzfähigen Wirtschaften und instabilen Regierungen wie Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Es folgten der anhaltende völkerrechtswidrige Afghanistankrieg und die Zerschlagung der Schlüsselstaaten Irak, Libyen und Syrien durch westliche Aggressionen und Einmischung. Die Strategie des *regime change* führte zu instabilen bzw. zerfallenden Staaten, Dauerkrisen, Bürgerkriegen und anschwellenden Flüchtlingsströmen. Bewährte Grundprinzipien des Völkerrechts wie Gewaltverbot, Nichteinmischung und Souveränität wurden verletzt. Der islamistische Fundamentalismus erstarkte in Gestalt des Islamischen Staates (IS) und seiner Ableger in Nord- und Westafrika. Im Nahostkonflikt gibt es seit über 60 Jahren keine Lösung. Hunderttausende Palästinenser leben seit 1948 in Flüchtlingslagern der Nachbarstaaten. Eine Integration wird wechselseitig verweigert.

3. *Ökonomie.* Die Euphorie über „Freiheit und Demokratie“ im Arabischen Frühling ist verflogen. Mehrheitlich islamisch geprägte Regime, ökonomische und politische Krisen und Zusammenbrüche prägen die betroffenen Staaten vom Maghreb bis Pakistan, Zbigniew Brzezinskis „Bogen der Instabilität“. Das ökonomische Entwicklungsgefälle zur EU vergrößert sich. Die Ziele der seit 2004 propagierten EU-Nachbarschaftspolitik – Stabilität, Sicherheit, Wohlstand – sind im Süden (Nordafrika) und Osten (Ukraine, Kaukasus) gescheitert.
4. *EU-Flüchtlingspolitik.* „Europa erlebt gegenwärtig eine in seiner Geschichte einmalige Abfolge von Krisen. [...] In fast allen Mitgliedstaaten nehmen Populismus, Nationalismus und die Versuchung der Selbstisolierung zu, wodurch das Grundprinzip der europäischen Solidarität infrage gestellt wird“, so die Außenministererklärung des Weimarer Dreiecks vom 30. September dieses Jahres. In der Flüchtlingskrise fokussiert sich die Problemsituation. Die Vereinbarung von Dublin zu Verantwortlichkeiten bei der Erstaufnahme ist faktisch ausgesetzt, die italienische Mission Mare Nostrum zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer wurde – nach über 2.300 Ertrunkenen allein in diesem Jahr – beendet und durch Triton ersetzt. Der entsprechende Zehn-Punkte-Plan der EU zielt jedoch neben Seenotrettung primär auf die Installation eines unrealistischen Abwehrmechanismus ab. Ein umfassenderes Europakonzept mit einer Reform des Dublin-Systems, fairer Verteilung von Flüchtlingen, gemeinsamem Grenzmanagement, Einwanderungspolitik sowie der Bekämpfung der Fluchtursachen ist nur langfristig umsetzbar und gegenwärtig durch eine „Entsolidarisierung“ der EU-Staaten nahezu blockiert.
5. *Klima, Umwelt, Gesundheitswesen.* Alle globalen Konzepte seit der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 sind gescheitert oder nicht erfüllt. Die jüngste G7-Initiative zur Dekarbonisierung der globalen Energiewirtschaft in diesem Jahrhundert bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück; die Vorbereitung der Umweltkonferenz in Paris Ende des Jahres lässt zu wünschen übrig. Hauptverlierer sind die Staaten Nordafrikas und der Sahelzone angesichts von Wassermangel, Wüstenbildung, Ernährungskrise und Massenseuchen. Die fortschreitende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen erhöht den Migrationsdruck auf Europa.
6. *Demografie.* In Europa wird die Bevölkerung im 21. Jahrhundert voraussichtlich bei ca. 700 Millionen stagnieren, während sie sich in Afrika in den kommenden vier Jahrzehnten von 700 Millionen auf ca.

zwei Milliarden fast verdreifacht. Die ökonomischen Existenzgrundlagen können weder ausreichend noch aufholend gesichert werden. Der Bevölkerungsdruck auf Europa wird sich verstärken.

Deutschland hat in seiner Geschichte mehrfach Vorteile aus einer Massenzuwanderung gezogen. Der Verlust von 30 bis 50 Prozent der Bevölkerung während des Dreißigjährigen Krieges wurde durch Zuwanderung teilkompensiert. Sie war ein Hauptfaktor der aufholenden Entwicklung in den folgenden zwei Jahrhunderten. Die Umsiedlung und Integration von 12 bis 15 Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg generierte wichtiges Humankapital für den Aufstieg beider deutscher Teilstaaten in ihren jeweiligen Systemen. Der Zuwachs der Bevölkerung in Deutschland zwischen 1950 und 2000 von 68 auf 82 Millionen rekrutierte sich in erster Linie aus ca. 7,5 Millionen Ausländern sowie vier Millionen Spätaussiedlern. Die Strategie der Integration muss qualifiziert fortgesetzt werden. Der im Demografiebericht Deutschlands von 2011 prognostizierte Rückgang der Bevölkerung um ca. zwei bis drei Millionen bis 2025 und der zunehmende Mangel von ein bis zwei Millionen Arbeitskräften kann durch Asylgewährung und gezielte Zuwanderung von einer halben Million pro Jahr kompensiert werden.

Diese Probleme sind kurzfristig nicht lösbar. Sie werden die internationalen Beziehungen in den kommenden Jahrzehnten prägen. Die EU hat das Potenzial zum akuten Krisenmanagement. Notwendig ist jedoch eine langfristig sinnvolle Kombination zum Teil neuartiger außen- und innenpolitischer Konzepte. Das erfolgreiche Management der Flüchtlingskrise erfordert aber auch eine wesentliche Weiterentwicklung und Umgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands.

Was ist zu tun?

Erstens geht es um gezielte außenpolitische Maßnahmen:

- Entwicklung einer zeitgemäßen EU-Entwicklungspolitik. Jeglicher „ethische Imperialismus“ im Sinne eines Exports westlicher Wertemodelle sollte unterlassen werden. Die Abschwächung des Flüchtlingsproblems hat Priorität gegenüber Vorteilen europäischer bzw. deutscher Exportpolitik. Die Entwicklungshilfe sollte endlich auf 0,7 Prozent des BIP aufgestockt werden.

- Durchsetzung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik der EU. Nötig sind die langfristige Ursachenbekämpfung in den Fluchtregionen, die finanzielle und materielle Unterstützung der unmittelbaren Hauptaufnahmeländer wie Türkei, Jordanien und Libanon, die Sicherung der EU-Außengrenzen, die Einrichtung von Registrierungscentren („Hotspots“) in den Ländern der EU-Südflanke, finanzielle Transferleistungen in großem Umfang und organisatorische Hilfe vor Ort für die EU-Erstaufnahmeländer.
- Umformung der Bundeswehr in (UN-)Friedensstreitkräfte. Das Konzept einer „Armee im Einsatz“ ist in Afghanistan gescheitert. Es geht um eine Verteidigungsarmee in und für Europa. Auslandseinsätze sind ausschließlich unter UN-Mandat und Parlamentsbeschluss zu stellen. Eine Kombination der Möglichkeiten der Bundeswehr mit denen des Technischen Hilfswerks und staatlicher wie gesellschaftlicher Entwicklungsorganisationen zur Lösung der Flüchtlingskrise an den EU-Außengrenzen erscheint sinnvoll.
- Normalisierung der Beziehungen der EU und Deutschlands zu Russland. Eine erfolgreiche Lösung der Flüchtlingskrise erfordert die enge Kooperation zwischen EU und Russland. Ohne entsprechende Abstimmung und Einbeziehung Russlands ist eine Konfliktlösung in Osteuropa (Ukraine) sowie im Nahen und Mittleren Osten unmöglich.

Zweitens sollte eine komplexe innenpolitische Integrationsstrategie entwickelt werden:

- Realistische Analyse der Flüchtlings- und Einwanderungskrise. Permanent wurde bislang die Komplexität und Größenordnung des Problems falsch bewertet; die Prognosen stiegen innerhalb kürzester Zeit von 300.000 bis auf über eine Million Flüchtlinge pro Jahr, die Kosten von 2 auf 12 Milliarden Euro.
- Entwicklung einer Integrationsstrategie für Flüchtlinge, Asylanten und Zuwanderer. Die Handlungspriorität liegt beim Bund. Die Aufnahme von ca. fünf bis acht Millionen Ausländern in den kommenden zwei Jahrzehnten kann ein Bevölkerungswachstum Deutschlands auf 85 bis 90 Millionen, inklusive einer Verjüngung, ermöglichen.
- Institutionelle Konzentration der staatlich-organisatorischen, materiellen, personellen und finanziellen Potenziale einer modernen Integrationspolitik. Das Bundesamt für Migration wäre personell

auszubauen, mit einem eigenen Haushaltsposten zu versehen und nach Möglichkeit in ein Bundesministerium umzuwandeln, das die gesamte Asyl-/Einwanderungspolitik koordiniert.

- Integration in den Arbeitsmarkt. Voraussetzungen dafür sind die Kenntnis der deutschen Sprache und eine Fachqualifikation. Das erfordert die Schaffung einer geschlossenen Bildungslogistik von Kita und Schul-/Berufsausbildung über Hochschulen bis zur Lehrerausbildung.
- Weiterentwicklung des Rechtssystems. Das Asylverfahren muss beschleunigt werden; ein Einwanderungsgesetz ist dringlich. Das Grundgesetz und die Rechtsnormen zur Unterbindung jeglicher Art von Ausländerfeindlichkeit sind konsequent durchzusetzen.

Die EU und Deutschland stehen vor gewaltigen, Jahrzehnte umfassenden Umbrüchen der äußeren und inneren Politik, der Demokratie. Das erfolgreiche Management der Flüchtlingskrise erfordert eine wesentliche Weiterentwicklung und Umgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands sowie des Gesellschafts- und des Rechtssystems. Unsere Lebensweise wird sich verändern. Ein neuartiger historischer Beginn. Das Ergebnis ist offen. 🌐

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

geb. 1953, bbw Hochschule der Wirtschaft, Berlin, Vorsitzender WeltTrends e.V.,
Vorstandsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V.

L.Kleinwachter@welttrends.de



Selektive Grenzen

WeltTrends 71 März/April 2010

Die Grenze – historisches Auslaufmodell? Moralische Zumutung? Unabdingbare Tatsache? Meist ist sie Limes: Durchlässig für den Austausch bestimmter Waren und Personen, zugleich Schutz gegen das Eindringen unerwünschter Fremder. Vielfach erklärtes Ziel ist ein „grenzenloses Europa“. Im Innern der EU sind Schlagbäume verschwunden, an Rändern wird vielerorts abgeschottet.